

Arbeiter-Zeitung

Freitag, den 24. Juni 1932. 14. Jahrgang Nr. 146

**Gegen die Reichen!
Für die Armen!
Wählt Kommunisten!
Kasse**

für Schlesien

**Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Fernsprecher 460 39. Postfach 400 39. (Breslau)
Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60 (Breslauhaus). Fernsprecher 480 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Verlagsanstalt:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B., Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Fernsprecher 480 39.

Heute 20 Uhr: Protest-Kundgebung im Zirkus Busch

Blutheke statt Brot!

Faschisten fordern Verbot der kommunistischen Partei und Niedererschlagung der antifaschistischen Aktion Sozialdemokratische Arbeiter, die Stunde der Einheit hat auch für euch geschlagen!

Ob die Journaliste des Herrn Goebbels, die Reptile Eugenbergs oder sonst irgendwelche Asphaltblätter — ihre Analtzeiten sind ein einziger Schrei, eine einzige Blutheke gegen die kommunistische Partei. „Her mit dem Verbot der KPD!“ brüllen sie. „Verschärfte Maßnahmen der Polizei gegen die KPD-Ausführer!“ „Alle Kommunisten erschießen!“

Alles, was sich von der braunen System-Armee nicht niederknallen lassen will, alles, was hungert und darbt, was gegen Ernüchterungen kämpft, gegen die Hunger-Notverordnungen der v. Papen- und Preußen-Regierung — die hungernden, kämpfenden Massen und ihre revolutionäre Führung sollen unter Ausnahmezustand gestellt, sollen blutig terrorisiert werden! Das ist der Schrei der faschistischen Volksfeinde, gleich welcher Farbe.

Eine unerhörte Blutheke gegen die kommunistische Partei hat in den letzten 48 Stunden planmäßig eingeleitet. Die sozialdemokratische Presse sekundiert diesem Trommelfeuer, indem sie unseren Ruf zur kämpfenden Einheit an die sozialdemokratischen Arbeiter als „Täuschungsmanöver“ und als „Gauerelei“ abtut.

Warum dieser ganze Chor? Weil die kommunistische Partei, allem Terror zum Trotz, sich führend und kämpfend an die Spitze der

hungernden Massen stellt. Weil sie in der antifaschistischen Aktion zur Einheit der hungernden Millionen gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Beschäftigtensteuer, Arbeitsdienstpflicht und Verschleiss aufruft! Weil die Arme der kämpfenden von Tag zu Tag Tausende und über Tausende neuer Soldaten in ihren Reihen jornt, weil der Kampf der antifaschistischen Aktion immer lauter in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln erdröhnt. Das Verbot, die Unterbrechung, die Verfolgung der kämpfenden Arbeiter und ihrer Avantgarde, der kommunistischen Partei, soll den Widerstand der hungernden Massen brechen. Das ist der Sinn der neuen Verbotshetze der Goebbels-Banden und ihrer schwerindustriellen Geldgeber. Das ist die Erklärung dafür, warum die Papen-Regierung die Kommunisten unter Ausnahmezustand stellt und die Severing-Regierung „härtere Waffen“ in Anwendung bringt.

Hunger, Terror, Verschleiss nach innen und außen: das ist das einzige, was die bankrotte Bourgeoisie und ihre faschistischen Troßknechte den arbeitenden Massen noch bringen können. Sozialdemokratische und christliche Arbeiter! Gewerkschaftskollegen und Reichsbannerarbeiter! Macht Schluss mit der Sabotage der kämpfenden Einheit durch eure Führer! Ein-geschwenkt in die Arme der antifaschistischen Aktion! Die Stunde der Einheit hat auch für euch geschlagen!

Severing hebt Verbot von vier Nazi-Ortsgruppen auf

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtages hat Minister Severing zugehört, daß er entsprechend einem nationalsozialistischen Antrag die zuständigen Polizeipräsidenten bzw. Polizeiverwaltungen veranlassen werde, die von diesen gegen die Aufhebung der Verbote der Ortsgruppen der NSDAP. in Breslau, Waldenburg, Striegau und Schweidnitz eingeleiteten Revisionen sofort zurückzunehmen. Wie die Telegraphenunion vom preussischen Innenministerium hört, ist die zugelegte Anweisung inzwischen bereits erfolgt.

So kämpfen die sozialdemokratischen Führer gegen den Faschismus! S.D.-Arbeiter! Haben euch nicht immer und immer wieder die Kommunisten gelagt, daß eure Führer die Wegbereiter des Faschismus sind? Eure Führer haben diese Tatsache umgelogen und erklärt, daß wir die Stützgeländer der Faschisten seien. Entscheidet selbst, wer euch betrogen und belogen hat! Kämpft deshalb mit uns in der Front der antifaschistischen Aktion!

Schiedspruch gegen graphische Hilfsarbeiter

Berlin, 24. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Nach dem Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums wurde für die graphischen Hilfsarbeiter ein Schiedsgericht gefallt, der von den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern sofort angenommen wurde. Der Manteltariffschieds-spruch bestimmt, daß für alle Hilfsarbeiter dieselben großen Verschlechterungen eintreten, wie für die gelehrten Buchbinder, auf Grund der Vereinbarungen. Die Ferienbezahlung wird um 25 Prozent gekürzt, die Schichtbezahlung wird vermindert. Die bisherigen tariflichen Löhne für die graphischen Hilfsarbeiter sollen, abgesehen von den genannten Verschlechterungen in Kraft treten, doch von der Schlichtungskammer bis zum 6. September einer Nachprüfung unterzogen werden. Die Annahme dieses Schiedspruches zeigt, daß die Kündigungsgesetze der Gewerkschaftsführer nur als Scheinmanöver gemacht war. Die Gewerkschaftsführer behaupten jetzt, daß der Schiedspruch ein Erfolg sei. Die Unternehmer denken aber nicht daran, auf ihre Lohnabbaupläne zu verzichten.

Graphische Hilfsarbeiter, folgt überall der Parole der Opposition: Wehrt euch durch den geschlossenen Streik gegen jede Verschlechterung!

Belegschaft der B.M. protestiert gegen braunen Mordterror und lügenhaften Polizeibericht

Fordert einstündigen Proteststreik am Sonnabend, organisiert vom UGB.-Ortsauschuss

Breslau, 24. Juni. Am Donnerstagmorgen wurde von der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ spontan eine so-ortige Betriebsversammlung zwecks Stellungnahme zu den Vorfällen am Mittwochabend gefordert. Diese Versammlung, die am Mittag stattfand, war beherrscht von der Erbitterung aller Massenangehörigen. Die parteilose Belegschaft, UGB., K.P.D. und U.M.W. Gruppen, sowie die Reichsbannerkameraden, sprachen sich für eine entschlossene Aktion gegen den faschistischen Mordterror aus. Die nachstehende Entschlie-ßung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 22. Juni 1932 tagende Versammlung der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ verlangt von dem Ortsaus-schuss Breslau des UGB. die sofortige Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft gegen den braunen Mordterror.“

Unter Duldung, ja sogar unter dem Schutze der Polizei konnten am getrigen Abend die S.M. und S.S.-Banden trotz Verbot un-geschindert demonstrieren. Die vom Polizeipräsidenten angekündigte Strengung gegen alle Versuche der Umgehung des Demonstrations-verbots wurde nur gegen die angewandt, die sich wegen des voll-kommenen Versagens der Polizei selbst gegen die brutalen, blutigen Ueberfälle der Nazis schützen wollten.

Auf das schärfste protestieren wir gegen den lügenhaften Polizeibericht, der von planmäßig vorbereiteten Ueber-fällen der K.P.D. spricht, trotzdem es umgekehrt der Fall war.

Nachdem die gestrigen Vorfälle bewiesen haben, daß die Arbeiter-schaft gegenüber diesem Mordterror allein auf ihre eigene Kraft an-gewiesen ist, ist es nun die Aufgabe des UGB., diesen Widerstand zu organisieren. Ein erster Schritt zu dem notwendigen antifaschi-stischen Widerstand muß ein einstündiger Proteststreik der gesamten Breslauer Arbeiterschaft sein, zu dem der UGB. spätestens für Sonnabend aufzurufen und dessen Organisation er durchzuführen hat.

Weiter fordern wir die sofortige Zusammenschließung aller profe-tarischen Organisationen durch den UGB. zu einem antifaschistischen Partei, damit dem Naziterror die Kraft eines in der Aktion geeinten Proletariats entgegengesetzt werden kann.

Wir fordern vom Ortsauschuss die sofortige Durchführung dieser Forderungen, andernfalls wir zur Selbsthilfe schreiten müssen.“

Der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ ist zu-muten, daß der provisorische Kampfausschuss bereits in der Nacht-vorgang von Mittwoch auf Donnerstag zu einem einstündigen Protest-streik für Donnerstag aufgerufen hat. Das gilt auch für die Kollegen der B.M. Zu der erhobenen Forderung, Schaffung eines anti-

faschistischen Kartells aller proletarischen Organisationen, haben wir zu erklären, daß die am Dienstag stattgefundene Betriebs-versammlung in ihrer Entscheidung zu den nächsten Kampfmaßnahmen schlagend hat, daß in den Betrieben betrübliche Kampfentschlüsse gewählt werden sollen und diese Vertreter in den zentralen provisorischen Kampf-ausschuss zu delegieren, damit dieses Einheitsstreikorgan die breiteste antifaschistische Massenbasis bekommt.

Die Belegschaften, die den einstündigen Proteststreik noch nicht durchgeführt haben, müssen dies sofort tun.

Einstündiger Proteststreik gegen SA.-Terror

Breslau, 24. Juni. Die Belegschaft der Eschiger Friedrichshöhe ist dem Rufe des provisorischen Kampfausschusses gefolgt und hat gestern, vormittags von 10 bis 11 Uhr, in geschlossener Front den ein-stündigen Proteststreik gegen den faschistischen Mordterror durchgeführt. Die Belegschaft bringt in einer Entscheidung zum Ausdruck, daß sie sofort an die Organisation des Betriebsstreikschlusses herangehen wird. Dieser Proteststreik muß vor allem den Belegschaften der Bres-lauer Großbetriebe ein leuchtendes Beispiel sein, und wir erwarten, daß sie bereits in den nächsten Stunden geschlossen dem Rufe des pro-visorischen Kam. Kampfausschusses folgen.

Das Zentrum Helfer Papens und Hitlers

Das Zentrum hat am Mittwoch Nazi-Streit in den Präsidentschaftsstuhl gesetzt. Dieser Dienst des Zentrums für die Nazi hat seine doppelte Bedeutung: Er bringt die NSDAP. näher an die Macht, denn der preussische Landtagspräsident ist zugleich eines der drei Mitglieder des mit den größten Vollmachten ausgestatteten preussischen Staatsrates. Er wirkt ferner außerparlamentarisch dahin, die Gegen-wehr der christlichen Proletarier gegen die Nazis zu unterbinden.

Die K.P.D. war, um den Nazis den Weg zur Macht zu verlegen und die Massen gegen den Faschismus zu mobilisieren, bereit, für ein Landtagspräsidium aus Vertretern der S.P.D. und des Zentrums zu stimmen und stellte die zwei Bedingungen der Demonstrationen-freiheit in Preußen und der Nichtdurchführung der Papenschen Not-verordnungen, Bedingungen, die jeder Zentrumsarbeiter billigen

wird. Als das Zentrum Ausflüchte machte, erklärte sich die K.P.D. willens, auch ohne diese Bedingungen für ein Landtagspräsidium der S.P.D. und des Zentrums zu stimmen. Das Zentrum aber wollte eben die Nazis herankommen, gab weiße Zettel ab und erzielte durch diese „Stimmhaltung“ absichtlich, daß Merkel gewählt wurde.

Das bürgerliche 12-Uhr-Mittagsblatt (vom 23. Juni) ist in der Lage, zu berichten, daß Politiker aller Parteien

„die Haltung des Zentrums (in Preußen) als einen ersten klaren Annäherungsversuch an die Nationalsozialisten dar-stellten und betonten, daß wahrscheinlich bald weitere Schritte in dieser Richtung zu erwarten seien.“

Zu den Diensten des Zentrums für die Nazis gehört auch die Unterstützung der mit den Nazis direkt verbundenen Papen-Diktatur. Pure Deuselei ist die Entscheidung, die die Reichstagsfraktion des Zentrums „gegen Papen“ jetzt veröffentlicht; wenn darin die Not-verordnungen Papens erbarmungslos genannt werden, wenn da Papen die Förderung der S.M. vorgeworfen wird, so ist diesen Tat-sachen hinzuzufügen, daß der Zentrumsmann Brüning mit real-istionären Notverordnungen eifrig voranging, daß Brüning den Nazis die Stange hielt. Und erklärte nicht Brüning erst vor einigen Tagen, am 17. Juni, in der Stadthalle in Mainz: „Alles werden wir tun, um sie (die Regierung Papen) zu stärken, auf dem Wege fortzugehen, den ich in den letzten zwei Jahren gegangen bin.“

Die christlichen Arbeiter, die von Papen und von den Nazibanden in ihrer Lebenshaltung und in ihrem Leben auf schwerste bedroht werden, können nicht mit den Zentrumsführern gehen und die Nazis an die Macht bringen, sondern es liegt in ihrem ureigensten Interesse, ohne und gegen das Zentrum mit den Kommunisten und allen Arbeitern in roter Einheitsfront die antifaschistische Aktion durch-zuführen.

Polizeipräsident hatte Demonstrosverbot für SA. aufgehoben

Strupellose Hebe der bürgerlich-faschistischen Presse gegen die KPD. und die klassenbewusste Arbeiterschaft — Nun erst recht roter Massenelbstschuß gegen SA.-Terror!

Breslau, 21. Juni. Die breslauer gestern und der SA. Terror, der in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni in der Breslauer Innenstadt ausbrach, hat die breslauer Presse wieder in die gleiche Lage versetzt, die sie nach dem Mord an den SA. Führer Heines am 1. Juni erlebt hat. Die breslauer Presse hat sich wieder in die gleiche Lage versetzt, die sie nach dem Mord an den SA. Führer Heines am 1. Juni erlebt hat. Die breslauer Presse hat sich wieder in die gleiche Lage versetzt, die sie nach dem Mord an den SA. Führer Heines am 1. Juni erlebt hat.

Barrikadenbau durch rücksichtsloses Vorgehen der Polizei verhindert

Während die Polizei die mit Knüppeln und Schußwaffen ausgerüsteten SA.-Männern ungehindert ihres Weges ziehen ließ, wurde rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft vorgegangen.

Während die Polizei die mit Knüppeln und Schußwaffen ausgerüsteten SA.-Männern ungehindert ihres Weges ziehen ließ, wurde rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft vorgegangen.

Die Polizei griff rücksichtslos durch und schlug die Ansammlungen mit dem Gummiknüppel auseinander, da aber der größte Teil trotzdem noch wagte, weiteren Widerstand zu leisten, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch, wobei etwa 25 Schuß abgegeben wurden.

Polizeibeamte gegen Polizeibericht

Bei dieser Gelegenheit stießen zahlreiche Schüsse, die, wie man auch aus Kreisen der Polizei hört, von einem Nationalsozialisten abgegeben worden sein sollen.

Die vorher von dem SA.-Führer Heines sehr scharf angegriffene Polizei war jetzt den SA.-Truppen sehr willkommenen Helfer aus der Not, als sie sich allein und auch in größerer Truppe nicht mehr nach Hause wagen, besonders nicht durch die Breslauer Arbeiterviertel.

Die vorher von dem SA.-Führer Heines sehr scharf angegriffene Polizei war jetzt den SA.-Truppen sehr willkommenen Helfer aus der Not, als sie sich allein und auch in größerer Truppe nicht mehr nach Hause wagen, besonders nicht durch die Breslauer Arbeiterviertel.

Ex-Kronprinz erhält Millionen

aus den Steuergroschen der Werktätigen und unterstützt damit die Mordhorden der SA. Prinzen und abgehalbierte Generale mit Riesenpensionen sind unter den Führern dieser „Arbeiterpartei“.

Gebt für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion!

anscheiden und anleben!

reihen konnte. In Bierereien gingen die SA.-Leute dann in die Nacht vom 20. auf den 21. Juni in der Breslauer Innenstadt ausbrach, hat die breslauer Presse wieder in die gleiche Lage versetzt, die sie nach dem Mord an den SA. Führer Heines am 1. Juni erlebt hat.

Die „Schlesische Tageszeitung“, das Hitlerorgan, entlastet in der Presse nicht nur eine strahlende Seite gegen die kommunistischen, sondern auch gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft, die sich gegen den SA.-Terror nur zur Wehr gesetzt hatte.

„Gestern Abend hat sich Breslaus Untermenschentum in seiner ganzen Erbärmlichkeit gezeigt. Wer jemals noch daran geglaubt hat, daß dieses rote Gesindel planmäßig den Mord predigt und organisiert, dem wurde gestern mit aller Deutlichkeit der Beweis dafür geliefert.

Als dieses Blatt den Polizeibericht zu einer neuen Seite gegen die kommunistische Bewegung. Zu dem Bericht selbst muß zugegeben werden, daß auch sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter sich in der antifaschistischen Kampffront befanden.

SPD.-Polizeipräsident Grzesinski setzt Polizei gegen antifaschistische Arbeiter ein

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern kam es in allen Teilen der Provinz zu neuen Demonstrationen der Arbeiter gegen die Regierung und gegen die SA.-Terror.

Die Beamten mußten mehrfach, so am Comeniusplatz und in der Berliner Straße in Neukölln — hier hatten sich 500 Kommunisten versammelt, dort mehr als tausend — von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Die Beamten mußten mehrfach, so am Comeniusplatz und in der Berliner Straße in Neukölln — hier hatten sich 500 Kommunisten versammelt, dort mehr als tausend — von der Schußwaffe Gebrauch machen.

175 Arbeiterkinder fahren in die Sowjetunion

175 Kinder der Sowjetunion fahren in die Sowjetunion. Die Kinder werden in der Sowjetunion in die Sowjetunion fahren. Die Kinder werden in der Sowjetunion in die Sowjetunion fahren.

Arbeiterkinder zeigen die Verbundenheit des internationalen Proletariats

Arbeiterkinder zeigen die Verbundenheit des internationalen Proletariats. Die Kinder werden in der Sowjetunion in die Sowjetunion fahren.

Polizeipräsident hebt Demonstrosverbot für die Nacht auf!

Die Heberfälle der roten Mordhorden steigerten sich von Stunde zu Stunde, so daß die Polizei schließlich zugeben mußte, nicht mehr Herr der Lage zu sein.

Wir haben bereits in unserem gestrigen Bericht mitteilen können, daß der Demonstrationsverbot in der Nacht das Kommando über die Polizei des Sozialdemokratischen Zentralrates ausübte.

Kampfpappell an die SPD.-Arbeiter!

Durch die offene Aufhebung des Demonstrosverbot durch den Polizeipräsidenten für die SA.-Mordhorden, kann der gesamten Arbeiterschaft die Rolle der Polizei nicht besser dokumentiert werden.

SA.-Heberfall in Berlin

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht vom Donnerstag zu Freitag, am 22. Juni, überfielen im Zentrum Berlins eine SA.-Abteilung vierlich eine Anzahl Arbeiter.

Aruch Du müsst die Plakette der Antifaschistischen Aktion tragen. Sorge dafür, daß auch dein Nachbar an der Werkbank sie ebenfalls trägt 10 PF.

175 Arbeiterkinder fahren in die Sowjetunion

175 Kinder der Sowjetunion fahren in die Sowjetunion. Die Kinder werden in der Sowjetunion in die Sowjetunion fahren.

Arbeiter, Jungarbeiter, Arbeiterkinder!

Arbeiter, Jungarbeiter, Arbeiterkinder! Nehmt sofort an den Vorbereitungen, Sammelaktionen, Kundgebungen, Schülervereinigungen, Schularbeiten und Wandernachmittagen teil.

Heute 20 Uhr im Zirkus Busch **Protestkundgebung gegen den blutigen Terror der SA-Banden**



Die Breslauer Arbeiter, Frauen und Jungarbeiter marschieren in Massen auf!

Die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter und Gewerkschaftskollegen, die Mitglieder der SAJ. und die Arbeitersportler fordern wir auf, mit uns in der Front der Antifascistischen Aktion zu demonstrieren und zu kämpfen gegen die Hitlerhorden!

Unkostenbeitrag 25 Pfg.
Erwerbslose 15 „

Der provisorische Kampfausschuß.

Breslau

Breslau, den 23. Juni 1932.

Breslauer Genossen aus der Haft entlassen

Am Dienstag wurden vier Breslauer Genossen aus dem Klettschauer Gefängnis auf Grund der Amnestie entlassen, nachdem bereits am Tage zuvor schon vier Genossen aus Wohlau zur Entlassung gekommen waren. Bei den erstgenannten handelt es sich um die Genossen, welche in dem großen Stahlhelmprozess zu vielen Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Wir begrüßen diese Genossen in der „Freiheit“ mit einem kräftigen „Hot Front!“.

Die Proleten des Obertors sind wachsam

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Verlaufe des gestrigen Tages wurden an verschiedenen Straßenecken die „überstrichenen“ Plakate durch neue ersetzt. Doch die Arbeiterschaft vom Obertor blieb demgegenüber nicht untätig. Aus einer diskutierenden Menschengruppe an einer Plakatsäule tritt plötzlich ein revolutionärer Arbeiter hervor und hebt mit aller Ruhe einige Handzettel mit einer Gegenlösung auf das frisch angeklebte

50 sammelt jeder Genosse für den antifascistischen Kampffonds Pf. bis zur Reichstagswahl!

Montags in jeder Woche Abrechnung an den Zellen (Ortsgruppen)-Stafflerer. — Dienstag Abrechnung der Sammelgelder an die Bezirksleitung, Abteilung Kasse.

Plakat, um darauf im nächsten Moment in der Masse wieder unterzutauchen. „So ist es richtig!“ hört man jetzt bei den Umherstehenden, und sofort haben alle neuen Diskussionsstoff bekommen. Immer wieder konnte man feststellen, daß sich die Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit einig waren in der Frage, daß es jetzt gilt, die Arbeiterklasse vor Naziprozessen und Terror zu schützen, daß es jetzt gilt gemeinsam zu kämpfen. Zwei Naziprozessen, welche im Gespräch belauscht wurden, brachten ihr Stimmens über den Opfermut der revolutionären Arbeiter zum Ausdruck.

Die Antifascistischen Aktionen, die jetzt in Breslau durchgeführt werden, zeigen uns auch, daß wir uns auf dem richtigen Wege zur kämpfenden Einheitsfront befinden. Als vor zwei Tagen die Nazis Reichsbannerkameraden überfielen, grüßten dieselben unsere Genossen mit „Hot Front!“ und sagten: „Genossen, jetzt machen wir aber Schluss damit.“

Am gestrigen Tage wurden von Arbeitern im Obertor, in welchem sich diese Aktionen gegen die Goebbelschen Wandaufhänger richteten, Streifen von Kriminalbeamten beobachtet, die auf der Jagd nach revolutionären Arbeitern waren. Einer dieser „Ordnungshüter“ bemühte sich, zwar ohne Erfolg, den Handzettel abzutragen und riß in seiner Verärgerung das ganze Plakat herunter. Obgleich die Handzettel nicht lange hingen, haben sie ihre Wirkung erreicht. Die Arbeiterschaft wurde auf den notwendigen Kampf gegen die braune Wucherei aufmerksam gemacht, und die Arbeiter vom Obertor haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie wachsam sind, und daß sie alle Kräfte dafür einsetzen werden, daß das rote Obertor rot bleiben muß. Dieses Beispiel sollte in allen Stadtteilen seine Nachahmung finden.

Vorstehenden Bericht können wir leider aus Raumgründen erst heute bringen.

Achtung, Parteigenossen!

In den einzelnen Stadtteilen wird von geschäftstüchtigen Leuten ein Abzeichen vertrieben für die Antifascistische Aktion, angeblich im Namen des provisorischen Kampfausschusses. Der provisorische Kampfausschuß hat in keiner Sitzung am 20. Juni festgestellt, daß das ein privates Geschäft von unbekannten Leuten ist, und wir bitten, das entsprechende zurückzuweisen. Weiter hat der provisorische Kampfausschuß festgestellt, daß Redner vermittelt werden für gemeinsame Versammlungen von unbekannter Stelle. Die Leitung des provisorischen Kampfausschusses liegt in den Händen des Genossen Otto von der SPD. und des Genossen Klaus von der SAP. Alle Aufträge sind in Zukunft dorthin zu richten.

Autofahrt nach Hochkirch

Die Breslauer Rote-Hilfe-Pioniere fahren per Auto zur Sommerfeier der Jüdischen Sportler. Abfahrt Sonnabend 15.30 Uhr vom Trebnitzer Platz. Rückkehr Sonntag gegen 20 Uhr. Karten dazu sind bis Freitagabend im Rote-Hilfe-Wirt, Freiheitstraße 2, oder bei Fiedel, Bergstraße 32, bei Mag. Scholz, Dübenerstraße 100a, bei Brendes, Waterloostraße 9, bei Neumann, Heiligengeiststraße 9, oder bei Miksa, Fichtstraße 82, zu haben. Der Fahrpreis ist für Kinder 30 Pfennig, für Erwachsene 60 Pfennig.

Rote Einheit an der Kulturfront

Kirchenaustritts-Komitee in Breslau-Scheitnig gebildet!

In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der SAP. und SPD. im Stadtteil Nord-Ost wurde auch zu der sich immer mehr verschärfenden Kulturreaktion Stellung genommen. Auch auf diesem Gebiete kann nur die rote Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse einen wirksamen Kampf führen. Deshalb wurde in dieser Versammlung ein Kirchenaustritts-Komitee gewählt, das die Aufgabe hat, die Arbeitermassen zum Massenaustritt aus der Kirche zu mobilisieren. Dem Kirchenaustritts-Komitee gehören Genossen des DFB., der SPD. und SAP. sowie parteilose Arbeiter an. In der Sitzung des Komitees am 21. Juni wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine öffentliche Versammlung im Stadtteil durchzuführen, wo die Aufgaben des Komitees in breiter Öffentlichkeit behandelt werden. Ferner wurde beschlossen, nachstehenden Aufruf an die Redaktionen der SAJ. und der „Arbeiterzeitung“ zur Veröffentlichung zu geben, um die Kirchenaustrittsbewegung zu verbreitern:

Aufruf zur Bildung von Kirchenaustrittskomitees gegen Verbotsterror und Kulturreaktion

Die Regierung von Papen und Schleicher hat mit Erlaß des 5. Notverordnungs einen neuen Hungerfeldzug gegen die werktätige Bevölkerung eingeleitet. Die völlige Faschisierung der Werktätigen und Erwerbslosen soll in schnellstem Tempo rigoros durchgeführt werden. Der Verbotsterror wütet. Die Brüning-Regierung hat den Verband proletarischer Freidenker Deutschlands verboten, die Papen-Regierung bereitet das Verbot weiterer Arbeiterorganisationen und kulturfortschrittlicher Verbände vor. Die Arbeiterschaft muß dazu Stellung nehmen und den entschiedensten Kampf gegen Faschismus und Kulturreaktion in der

Rote Einheit an der Kulturfront

führen. Im Stadtteil Nord-Ost ist in gemeinsamer Mitgliederversammlung der SPD. und SAP. ein

Kirchenaustrittskomitee

gewählt worden. Ebenso wurde am Sonnabend, dem 11. Juni, in Freiburg in öffentlicher Versammlung ein Kirchenaustrittskomitee auf breiter Grundlage gewählt, dem Mitglieder des DFB., des Volksbundes für Freiheit, parteilose Arbeiter und Kommunisten angehören. Der Zweck dieser Komitees ist, auf den Terror der Kulturreaktion mit einer Massenaktion zum Austritt aus der

Kirche zu antworten. Das Kirchenaustrittskomitee wird die verstärkte Propaganda für den Kirchenaustritt führen und Kirchenaustrittsgruppen organisieren.

An alle Stadtteile und Ortsgruppen, an alle Werktätigen in Stadt und Land ergeht der Aufruf:

Wählt Kirchenaustrittskomitees!

Im Stadtteil West hat bereits eine Massenaktion für den Kirchenaustritt stattgefunden, die mit einem ersten großen Erfolge endigte. Wir wenden uns mit diesem Aufruf ganz besonders an die werktätige Bevölkerung im Stadtteil West:

Laßt es nicht bei diesem ersten Erfolge bewenden! Wählt sofort ein Kirchenaustrittskomitee und kämpft in der roten Einheitsfront gegen die Kulturreaktion!

Forciert von den Organisationen der Arbeiterschaft und vom DFB. öffentliche und Mitgliederversammlungen!

Schmiedet die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse!

Das Kirchenaustrittskomitee im Stadtteil Scheitnig ruft die gesamte Arbeiterschaft, gleich welcher politischen Richtung, und die Mitglieder des DFB. und aller Kulturorganisationen auf, in einer in kurzen stattfindenden öffentlichen Versammlung dem unterzeichneten provisorischen Kirchenaustrittskomitee beizutreten und dasselbe auf breiter Grundlage zu erweitern.

Kämpft gegen das Verbot der proletarischen Freidenker! Gegen den faschistischen Verbotsterror!

Gegen: alle Schandmaßnahmen der Kulturreaktion!

Gegen Konfodrate und finanzielle Zuwendungen an die Kirche!

Kämpft für die rote Einheit an der Kulturfront!

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für ein befreites, sozialistisches Deutschland!

Für den Massenaustritt aus der Kirche!

Das provisorische Kirchenaustrittskomitee Breslau-Scheitnig.

J. Gant, DFB., parteilos Oskar Heidenreich, SPD.

Marie Scholle, parteilos Richard Kuschel, SAP.

Walter Fiebig, DFB., parteilos.

Alle Zuschriften an das Scheitniger K.A.-Komitee sind vorläufig zu richten an die Redaktion der „Arbeiterzeitung“, Trebnitzer Str. 50, unter dem Pseudonym „K.A.“ oder an die Genossen des Komitees.

Unterstützungsauszahlung durch Aufmarsch des roten Massenelbstschutzes erzwungen

Rote Einheitsfront in Kundschiß, Hartlieb und Klettendorf in Antifascistischer Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz)

Kundschiß. Durch das gemeinsame Austreten der Arbeiterschaft des hiesigen Ortes im roten Massenelbstschutz, gelang es den Erwerbslosen, die restlose Auszahlung der Unterstützung, welche bisher nur ratenweise vorgenommen wurde, zu erzwingen. Dieser gut durchgeführten Antifascistischen Aktion gehen folgende Tatsachen voraus:

Vor 14 Tagen hatten sich in einer Versammlung der Antifascistischen Aktion 60 Arbeiter zum roten Massenelbstschutz zusammengesunden. Am Mittwoch fand nun der erste Appell desselben statt. In der sehr lebhaften Aussprache wurden die vorhandenen Mißstände im Wohlfahrtswesen im Orte unter die Lupe genommen. Es ergab sich dabei, daß der Gemeindevorsteher die Unterstützungen nur ratenweise auszahlt und daß bis zum Tage die Rückstände noch nicht bezahlt wurden. Sofort wurde aus der Mitte der Versammelten eine dreigliedrige Delegation gewählt, die zum Gemeindevorsteher gehen und ihm die Forderungen der Erwerbslosen vorlegen sollte. Der rote Massenelbstschutz trat sofort in Aktion und marschierte mit vor das Gemeindehaus, viele Dorfbewohner schlossen sich an und unterstützten die erste Antifascistische Aktion des roten Massenelbstschutzes.

Der Gemeindevorsteher, der beim Aufmarsch nicht anwesend war, kehrte nach seiner Ankunft bald wieder um und holte, bewogen durch den außerparlamentarischen Druck der aufmarschierenden Massen, aus Breslau das auszunehmende nötige Geld. Am nachmittag wurden dann die Rückstände ausbezahlt.

Folgende Forderungen wurden durch die Delegation eingereicht:

1. Ratenweise Auszahlung der Unterstützungslage.
2. Geringer Landbesitz wird bei der Berechnung der Unterstützungslage nicht berücksichtigt.

Auf diese Weise konnte der rote Massenelbstschutz gleich am ersten Tage seines Bestehens einen vollen Erfolg verbuchen. Das bezeichnende dabei ist, daß an dieser ersten Antifascistischen Aktion sich die Arbeiter ohne Unterschied der Partei beteiligten, SPD., KPD., parteilose Arbeiter, ja selbst Naziproleten erkannten, daß ihr Platz nur in der roten Einheitsfront sein kann und marschierten mit in einer Front.

Der rote Massenelbstschutz von Kundschiß darf nicht mehr nachlassen. Er muß jetzt seine Basis erweitern und noch mehr Kollegen und Genossen in seine Reihen aufnehmen und fest und geschlossen

gegen alle Übergriffe und Schikanen des Gemeindevorstehers, sowie aller Feinde des werktätigen Volkes auftreten.

Roter Massenelbstschutz verhindert Massenterror

Hartlieb. Am Sonnabend hatten die Nazis in Klettendorf eine Versammlung, wo gleichzeitig eine Strafexpedition gegen die Hartlieb-Klettendorfer Arbeiterschaft geplant war. Die Parole der Arbeiterschaft lautete ganz richtig: „Die Arbeiterschaft auf die Straße!“ Während im Saale bei den Nazis knapp 50 Leute unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagten, standen

400 Arbeiter auf der Straße

und das aus Breslau mobilisierte Ueberfallkommando konnte absolut nichts erreichen. Im Gegenteil, der Kampfwille der Arbeiterschaft wuchs. Sprechhöre wurden laut und riefen „Hungert!“ und forderten alle zur Solidarität auf. In einer fliegenden Versammlung, die unter freiem Himmel stattfand, rief ein kommunistischer Redner zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und Naziterror auf und forderte auf zur Antifascistischen Aktion. SPD. und parteilose Arbeiter hörten begeistert zu. Ein Genosse sprach auch im Saale zu den Nazis und erschütterte ihren Aufmarsch. Nachdem der Genosse dort geendet und den Saal verlassen hatte, marschierten die Arbeiter unter dem Gesang revolutionärer Lieder wieder ab.

Auch hier wieder ein Erfolg, ein neues Beispiel der Richtigkeit unserer Einheitsfronttaktik. So wie diese Beispiele zeigen, muß die revolutionäre Arbeiterschaft überall die rote kämpfende Einheitsfront herstellen und das Kampfbündnis mit den werktätigen Bauern schaffen.

Stärkt die Antifascistische Aktion in allen Orten!

Preisermäßigung bei der Dampferfahrt der Masch
Bei kollektiver Beteiligung von 10 Personen wird der Preis bei Betriebsgruppen von 70 Pfennig auf 60 Pfennig, und bei Stadtteilen und Zellen von 70 Pfennig auf 50 Pfennig ermäßigt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Provinz und Soltes; Bau, Schnabel, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fandrich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Gallam, Breslau. — Verlag und Druck: Antifascistische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Achtung! Urwahl zum Verbandstag des DMV!

Metallarbeiter! Sonntag, den 26. Juni, findet die Urwahl zum Verbandstag in Dortmund statt. Jeder Klassenbewußte Arbeiter und Gewerkschaftslosler wählt die Kandidaten der Opposition!

Die Kollegen der Orte Freiburg, Königshütte, Liegnitz, Waldenburg geben ihre Stimme am Sonntag dem Kollegen

Richard Krusche, Schlosser

Die Kollegen der Orte Grünberg, Malmitz, Neusalz, Niesky wählen am Sonntag den Kollegen

Ludwig Eij, Schlosser

Achtung! Alle Ortsgruppen verpflichtet, am Sonntag mit Schleppeinsatz, Sprechhören usw. die Arbeiter ihrer Orte für den Kandidaten der Opposition zu mobilisieren.

Alle Stimmen der revolutionären Opposition im DMV! Alles für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit!

Waldenburg

Reichsbannerarbeiter von Nazis überfallen

Waldenburg. In der Nacht von Sonntag zu Montag wurde der Reichsbannerarbeiter Kausch aus M.-Kässig von dem SA-Mann Niebel überfallen und blutig niedergeschlagen.

Diese ungeheure Mordtat muß ein Alarm für die gesamte Arbeiterfront des Waldenburger Kreises sein. Die Fälle, wo mehrere Arbeiter rücksichtslos von diesen braunen Horden niedergeschlagen werden, nehmen in hartem Maß zu. Die Führer der R.B. schlagen den Kommunisten eine „Einheitsfront“ in Form eines Bürgerbundes vor. Wir aber legen nicht Bürgerbünde, sondern Einheitsfront aller Arbeiter ohne Unterscheid der Parteizugehörigkeit. Zusammenstoß im proletarischen Massenbewußtsein gegen faschistischen Terror und alle Maßnahmen der kapitalistischen und ihrer Helfer. In vielen Orten des Kreises ist dieser Massenbewußtsein schon gebildet.

Reichsbannerarbeiter und Mitglieder der R.B., steht im Kampfe gegen die Mordbanden nicht absteig, sondern kommt auch ihr zur roten Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion. Erst dann wird es möglich sein, die Faschisten von der Straße zu vertreiben und das Leben sicher zu sein.

Kampferfolg der roten Einheit

Ausbezahlung der Unterstützung erkämpft — Der Gemeindevorsteher übergibt dem Vertreter der Erwerbslosen die Gelder zur Ausbezahlung

Wroch-Märzdorf. Als die Wohlfahrtsempfänger am Sonnabend nachmittag 1 Uhr ihre Unterstützung abholen wollten, hing an der Tür des Gemeindefaßes ein Zettel, in dem mitgeteilt wurde, daß die Unterstützung erst am Abend um 18.30 Uhr ausgezahlt werde. Die Wohlfahrtsempfänger, die schon lange auf das Geld warteten und nichts mehr zu Essen hatten, ließen sich das nicht gefallen. Es wurde beschlossen, in die Wohnung des Gemeindevorstehers zu gehen, um sich dort die Unterstützung zu holen. Als sie zu diesem kamen, erklärte er: „Es gibt erst heute abend Geld und damit fertig!“ Darauf ließ er die Erwerbslosen stehen und ging zur Kasse. Die Wohlfahrtsempfänger beschlossen, nicht nachzugeben und entsandten einige Genossen auf die Wiese des Gemeindevorstehers. Sie verlangten sofortige Auszahlung der Unterstützung. Erst auf diesen Druck und das energische Verlangen der Erwerbslosen bemühte sich der Gemeindevorsteher, die Gelder an den Genossen Kolenski auszuhändigen, worauf die Auszahlung der Unterstützung an die Erwerbslosen vorantrieb. Es wurde sogar ein Vorschub gewährt, damit die Frauen noch am Sonnabend das Notwendigste für ihre Familie einkaufen konnten. Auch dieser Fall ist ein praktischer Erfolg des einheitslichen Kampfes der Erwerbslosen.

Wieder Entlassungen auf der Zuchtsgrube

Am Montag erhielten wiederum 48 Kumpels vom Segen Gottes und dem Juliuschacht die Kündigung zugeheißt. Als Begründung wurde Abfaßmangel angegeben. Immer länger wird die graue Schlange des Erwerbslosenheeres. Kumpels, ihr habt es in der Hand, ob das so weitergehen soll. Schließt euch in jeder Abteilung zur energischen Gegenwehr zusammen. Reicht euch ein in die Antifaschistische Aktion für Lohn und Brot.

In der 5. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachte wurde ein Kumpel krank entlassen, weil er den Steiger verprügelt hatte. Erst werden die abgeschundenen Kumpels von den Antreibern fast zur Verzweiflung getrieben und wenn mal der Geduldsfaden reißt, winkt die Stempelstarre. Kumpels, sorgt gemeinsam dafür, daß diese Antreiber verschwinden.

SPD.-Arbeiter in roter Einheitsfront

Ein Kampfprogramm der Erwerbslosen in Jobten — Empörung der SPD.-Arbeiter über ihre Führer

Jobten. Seit 11 Tagen besteht hier ein Erwerbslosenausschuß aus drei parteilosen, zwei SPD. und einem KPD.-Arbeiter. Für den 16. Juni wurde eine Versammlung einberufen, um zu der unerträglichen Haltung der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Der Genosse Sande sprach im Auftrag des Erwerbslosenausschusses über den notwendigen gemeinsamen Kampf aller erwerbslosen Kollegen. Folgende Kampfbedingungen wurden einstimmig angenommen:

1. Weiterbezahlung der bisherigen Unterstützungssätze.
2. Einstellung sämtlicher Pflichtarbeiten im Stadtteil Jobten-Gortau.
3. Für Arbeiten, die durch die Stadtgemeinde vergeben werden, wird der ortsübliche Stundenlohn gezahlt.
4. 50 Prozent Mietsbeihilfe für sämtliche Unterstützungsempfänger.
5. Einmalige Beihilfe von 25 Mark für Verheiratete, für jedes Kind 3 Mark, für Frauen 5 Mark und für Ledige 15 Mark.
6. Verhinderung sämtlicher Ermittlungen.
7. Bei den Arbeiten der Stadtgemeinde werden die Wohlfahrtserwerbslosen eingestellt.
8. Zulassung von zwei Ausschußmitgliedern zur Beratung der Erwerbslosentfrage.

Der Genosse Zander behandelte eingehend die hier aufgestellten Forderungen. Jeder jeden Punkt wurde einzeln abgeklärt und einstimmige Annahme beschlossen. Die Erwerbslosen bemühten sich eine ungeordnete Versammlung, als bekannt wurde, daß die neue Anordnung schon von Hundenberg unterzeichnet ist, in den nächsten Tagen in Kraft tritt und einen weiteren Unterhaltungsabbau nach sich ziehen würde. In der Versammlung unter den SPD.-Arbeitern in dem Streit zwischen zwei SPD. Kollegen am Schluß der Versammlung. Beide empfanden sich darüber, daß sie von ihren Führern außer Acht gelassen wurden, Hundenberg zu warten und dem auch nachzukommen sind. Der eine warf dem anderen vor: „Du von Hundenberg gewöhnt!“

Darauf erklärte der andere: „Diesen Müßigen habe ich das letzte Mal mitgemacht, die können mir erzählen, was sie wollen, ich glaube ihnen nichts mehr!“

Die SPD.-Arbeiter müssen erkennen, daß man die Kappenregierung und den Faschismus mit seiner Notverordnungs politik nur durch den gemeinsamen Kampf gegen alle Stützen des kapitalistischen Systems schlagen kann. Wir rufen jedem ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter zu, reihe dich ein in die Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion.

Schwerer Unfall auf dem Tiefbau

Waldenburg. Am Montag verunglückte auf dem Tiefbau in der 18. Abteilung (Kühlschicht) der Bauer G. a. a. a. a. Er wurde von herabfallenden Gesteinsmassen am Kopf schwer verletzt. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus transportiert.

Für niedrigen Lohn müssen die Kumpels bei rücksichtslosster Antreiberei ihr Leben aufs Spiel setzen. Fordern für eure gefährvolle Arbeit menschenwürdige Entlohnung.

SPD.-Gemeindevorsteher lehnt Disziplinarverfahren gegen sich ab

Zahlreiche Anschuldigungen gegen Kubik — Er lehnt ein Verfahren ab, weil er um seinen Posten fürchtet — SPD.-Arbeiter, macht Schluß mit diesem Verräter

Ströbel. Der Gewerkschaftsbosse Medlin aus Breslau sprach hier am 11. Juni in einer vom Ortsausschuß des DMV. einberufenen Erwerbslosenversammlung. Die Arbeiter blieben dieser Versammlung zu einem großen Teil fern. Doch nicht zehn Prozent der Erwerbslosen von Ströbel und Umgebung waren zu der Versammlung erschienen. Der Gemeindevorsteher Kubik (SPD.) brachte es fertig, die von ihm zum Kampfaustritt aufgestellten Forderungen — Gewährung von Arbeitsstellen, Entlohnung der Mietsbeihilfe im Haus der Gemeinde für Wohlfahrtsempfänger, Aufhebung des freiwilligen Arbeitsdienstes usw. — als Bloßfug zu bezeichnen. Der Genosse Steiner brandmarkte das Verhalten dieses SPD.-Gemeindevorstehers und bewies an Hand von Tatsachen, daß die SPD.-Gemeindevorstellung in keiner Weise die Interessen der Erwerbslosen vertritt. Er brachte einzelne Beispiele, die zeigen, daß Kubik in verschiedenen Fällen Erwerbslose betrogen hat. Die Enthüllungen des Genossen Steiner über die Kasse und der Appell an die Arbeiter, sich der roten Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion anzuschließen, wurde mit Beifall aufgenommen. Der Gewerkschaftsbosse Medlin verlangte, daß Steiner den Saal verlassen sollte. Eine Abstimmung darüber wurde nicht vorgenommen, da die Anwesenden alle dagegen waren.

Das selbe Parlamentarische ist das unerschrockene, daß der Gewerkschaftsbosse Medlin von Kubik verlangte, er solle wegen den Anschuldigungen gegen sich das Disziplinarverfahren einleiten und bis zur Austragung desselben seine Ämter niederlegen. Kubik erklärte, daß er das nicht tun wird. Wir wollen was tun! Kubik, der schon mehrmals in der Vergangenheit als Verräter entlarvt wurde, fürchtet, seine Ämter nicht mehr zu bekommen. Am Schluß der Versammlung wurde in persönlichen Diskussionen mit allen Mitteln versucht, den Genossen Steiner wieder für die SPD. zurückzugewinnen und das Vergehen gegen Kubik einzuehelen. Der Genosse Steiner lehnte diese Zumutung mit aller Entschiedenheit ab. Niemals wird er zu der Partei des Arbeitererrats, welcher er aus Überzeugung den Rücken gekehrt hat, zurückkehren. Im Gegenteil! Er wird den Kampf gegen Kubik und seine Getreuen verschärft fortsetzen, weil das im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiter liegt.

Auch in Glogau

Massenkampf gegen faschistischen Mordterror

Polizei schützt die SA.-Banden — Reichsbanner, SPD.- u. KPD.-Arbeiter in gemeinsamer Abwehrfront — Schafft antifaschistischen Massenelbstschutz!

Schon lange war der Polizei bekannt, daß die SA.-Banden in Glogau marschieren wollten. Trotzdem hat die Polizei nichts gegen die Nordfaschisten unternommen. Sondern deren Demonstration noch geschützt. Als die Arbeiter die Provokationen verhindern wollten, ging die Polizei gegen diese vor. Ein Reichsbannermann, der eine Frau vor dem Überfall der Nazis schützen wollte, wurde von der Polizei verhaftet. Die Polizei erlaubt sich die Frechheit, dem Genossen Konza gegenüber zu sagen, daß die Nazis nicht marschieren sind, sondern nur ungeordnet durch die Straßen gingen. Die Abwehr der Arbeiter war noch ungenügend gegenüber den Nazi-Provokationen, trotzdem Reichsbanner, SPD. und KPD.-Arbeiter gemeinsam gegen die Nazis kämpften. Dieser Vorfall zeigt erneut, wie unbedingt notwendig es ist, daß sich alle Arbeiter, gleichviel welcher Parteirichtung, in der Antifaschistischen Aktion zusammenschließen, um in einer Front gemeinsam gegen die Faschisten zu kämpfen. Bildet überall den antifaschistischen Massenelbstschutz!

Kranke Proletariat werden gesund geschrieben!

(Arbeiterkorrespondenz)

Grünberg. Ein jugendlicher Wohlfahrtsempfänger leidet schon seit Jahren an Magenkrämpfen und muß sich dauernd in ärztliche Behandlung begeben. In dieser Wohlfahrtsempfänger immer das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen muß, kam es der Behörde etwas zu teuer und man schickte L. zum Stadtkrankenhaus Dr. Richter zur Untersuchung. Dieser sagte ihm, daß das nur ein Leuner (!) Darmleider (!) ist! Erhördet ging L. zu dem behandelnden Arzt Dr. Krauß und ließ sich nochmals nachuntersuchen und durchleuchten. Dr. Krauß mußte feststellen, daß L. sich einer Operation zu unterziehen habe. L. gab das Resultat schriftlich dem Wohlfahrtsamt ab und erhielt von neuem, einen Krankenschein zu bekommen. Die Behörde weigerte sich, auf den Befund des Stadtkrankenhaus, der L. als gesund geschrieben hat, diesen Wunsch zu erfüllen. Zeitgleich ist, daß sich die bürgerlichen Ärzte gegenseitig kein Haar träumen, denn Dr. Krauß gab L. den Rat, es sei nichts gegen den Stadtkrankenhaus zu unternehmen, wenn es schlimm gehe, könne er sich ja privat behandeln lassen und die Rechnung dem Wohlfahrtsamt zur Begleichung der Unkosten übergeben. Man sieht daraus, daß die Arbeiter, durch die Wohlfahrtsfürsorge degradiert und gezwungen werden, Verzweiflungstaten zu begehen. Arbeiter, schließt euch zusammen zum gemeinsamen Kampf gegen diese Zustände.

300 Arbeiter begrüßen den Genossen Piefel

Friedland. Als bekannt wurde, daß Genosse Piefel aus der Haft entlassen wird, ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt und am Bahnhof fanden sich ungefähr 300 Arbeiter und Frauen ein, die ihn mit einem stürmischen „Vor Front“ begrüßten. Demonstrativ bewegten sich die Hunderte bis zum Rathaus, wo der Genosse durch eine Ansprache begrüßt wurde. Gen. P. wurde mit Blumen beschenkt und auf den Schultern durch die Stadt getragen. Die Friedländer Arbeiterfront gab durch ein Kampfgelächnis kund, daß die rote Einheitsfront trotz aller Besche geschmiebt wird.

Einige Nazi-Blüten

(Arbeiterkorrespondenz)

Gorta. Bei uns in diesen laudlichen Taten Züchtens, gauden auch die Faschisten, in Gorta das Dritte Reich schon zu haben. In dem Lande hat man keine Arbeiterfronten erlaubt zur Schau. Es ginge aber nicht ohne die den Nazis, wenn nicht die bösen Kommunisten aus Gorta wären. Erst kürzlich erlaubte sich ein Nazi (Name vergessen) folgende Worte: „Die Kommunisten, die werden nicht zu wandeln!“ usw. Perlebe Herr ist aber auch ein Parteimitglied. Was Geld für die Führer an den Nazis, wenn man von den Züchtens der verführten Kommunisten, aber auch, wenn man wird es trotzdem, was? Nun noch eine andere Nazi, der Name von Janen hat, kommt an die Arbeitergemeinschaft in dem Ort Gorta. Trau des ichenen Bedenkens hat aber dieser andere Herr keinen Pfennig für die Ar-

**KAUFHAUS SCHOCKEN
WALDENBURG**

Farben für den Schrebergärtner

Grundierfarbe weiß	1/2 Kilo-Dose	0.85
Emaillack weiß oder farbig	125 g-Dose	0.35
Emaillack weiß oder grün	250 g-Dose	0.50
Emaillack weiß	500 g-Dose	0.95
Ringpinsel reine Borsten	35 mm Durchmesser	0.50
	22 mm Durchmesser	0.25
	18 mm Durchmesser	0.15

Emaillacke eignen sich zum Streichen aller Gegenstände die der Witterung ausgesetzt sind (Gartenlauben, Blumenkästen usw.). Sie trocknen sehr schnell und geben einen leuchtenden, wasserfesten Überzug.

Die Gewichte sind Netto-Inhalt (ohne Dose gewogen.)

RUND UM DEN ERDBALL

Der korrupte Jimmy

Neworks Oberbürgermeister der Korruption überführt — Im Bunde mit der Unterwelt — Er verbleibt weiter im Amt

New York, 23. Juni. Die Untersuchungskommission in der Affäre des Oberbürgermeisters Jimmy Walker hat nunmehr ihren Bericht abgeschlossen. Der Bericht umfasst nicht weniger als acht Bände mit 2050 Seiten. In dem Bericht wird festgestellt, daß die Tätigkeit des „populären“ Oberbürgermeisters Jimmy Walker eine lange Korruptionkette bildet. Die Bestechungen, die er während seiner Amtstätigkeit angenommen hat, übersteigen 3 Millionen Dollar. Der Oberbürgermeister tätigte kein Geschäft und erteilte keine Konzession, wenn man ihm nicht große Summen in die Hand schob. So hat er die Konzessionen an die Autobus-, Hochbahn- und Tramwaygesellschaft an die Gesellschaften gegen ungeheure Korruptionssummen verschoben und die Stadt New York um Millionen geschädigt. Trotz dieses Berichtes der Untersuchungskommission bleibt aber Jimmy Walker weiter in seinem Amt.

Die Affäre des New Yorker Oberbürgermeisters Jimmy Walker ist nicht neu. Schon seit Jahren ist es allgemein bekannt, daß der Oberbürgermeister von New York sogar unter den korrupten amerikanischen Politikern zu den korruptesten Elementen gehört. Erst als die Korruption bis zum Himmel stank, entschloß man sich, gegen ihn eine Untersuchung einzuleiten. Dazu spielte noch ein Moment mit: In Amerika teilen sich bekanntlich zwei bürgerliche Parteien in die Herrschaft: die Demokraten und die Republikaner. Ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen zwei Parteien besteht nicht. Der Kampf geht

immer nur darum, wer die fetten Pfunden besitzen soll.

Nun befindet sich der Gouverneursposten des Staates New York in den Händen eines Republikaners, und Jimmy Walker ist ein Demokrat. Um also für seine Partei Propaganda zu machen, hat sich der republikanische Gouverneur von New York jetzt entschlossen, gegen den Oberbürgermeister von New York, dem Mitglied der Konkurrenzpartei, die Untersuchung einzuleiten.

Ermüdet gegen Jimmy Walker vorzugehen, wagt auch der Gouverneur des Staates New York nicht. Dies nicht etwa nur, weil er nicht weniger korrupt ist als Jimmy Walker, sondern weil hinter Jimmy Walker die New Yorker Unterwelt steht. Während der Untersuchung spielten sich sehr charakteristische Szenen ab. Jimmy Walker erschien stets vor der Untersuchungskommission in Begleitung der bekanntesten Banden- und Unterweltführer New Yorks und diese stießen die schärfsten Drohungen aus, für den Fall, daß gegen Jimmy etwas unternommen wird.

Und gegen Jimmy wird selbstverständlich nichts unternommen. Denn er unterscheidet sich kaum von anderen kapitalistischen Politikern in Amerika. Das ganze kapitalistische Regime Amerikas ist von Korruption durchdrungen, und seine Stützen und Grundlagen sind die Unterwelt. Ja, zwischen der Polizei und der Unterwelt bestehen die engsten Verbindungen. Und das ist charakteristisch für das kapitalistische System in Amerika, für dieses „nordische“ System, das den Nazis als leuchtendes Vorbild dient.

Riesiges Springflutunglück

Hunderte ertrunken

New York, 23. Juni. Wie aus Guadalupe in Mexiko gemeldet wird, wurde der Badeort Guadalupe im Staate Colima von einer riesigen Springflut heimgesucht. Die Villen am Strande, ein neues Hotel und der neue Bahnhof wurden überschwemmt und vollständig zerstört. Die Springflut trat urplötzlich um die Mittagszeit auf, als gerade viele Kinder am Badestrande spielten. In Guadalupe befanden sich etwa 500 Badegäste. Man befürchtet, daß der größte Teil von ihnen ertrunken ist. Bisher wurden 50 Leichen geborgen. Der Springflut gingen zwei Erdbeben voraus. Der größte Teil des Badeortes Guadalupe wurde zerstört.

Schlagwetterexplosion in Südfrankreich

Zwei Tote

Montpellier, 23. Juni. Bei einer Schlagwetterexplosion im Bergwerk von Molieres-sur-Ceze wurden zwei Bergarbeiter getötet. Ihre Leichen wurden geborgen.

Spiegel der Ereignisse

Um hundert Lei ein Kind

In der Bukarester Zeitung „Adeverul“ lesen wir die folgende Notiz:

„In einem Dorf in der Nähe von Jassy wurden 15 Bauern verhaftet, weil festgestellt wurde, daß sie ihre Kinder an Zigeuner zum Preise von 100 Lei (250 Mark) pro Kind verkauft hatten. Die Zigeuner erwarben die Kinder, um sie als Bettler für die Großstadt zu trainieren und sich so ein leichtes Einkommen zu verschaffen. Die Bauern verantworteten sich damit, daß sie und ihre Familie verhungern und nicht in der Lage sind, die Kinder zu ernähren.“

Bisher hat es bekanntlich einen Kinderhandel in China gegeben. Nun greift der Hunger auch in Europa soweit um sich, daß Bauern in Rumänien ihre Kinder verkaufen, damit sie nicht vor Hunger sterben.

Rumänien gehört bekanntlich zu denjenigen Ländern, die die europäische Zivilisation vor der bolschewistischen Barbarei schützen sollen.

Im Salonwagen

Bukarest, 22. Juni. Der rumänische Botschaftsminister und gewesene Außenminister Titulescu wurde bei seiner Reise ins Ausland von dem Direktor der Bank Marmarosa Plant, Tabakowics, begleitet, der mit Titulescu seit frühester Jugend befreundet ist. Bis zur Grenze benützte Titulescu einen Salonwagen, mit dem dann Direktor Tabakowics nach Bukarest zurückfuhr. Während der Rückreise nach Bukarest öffnete ein bisher unbekannter Täter mit einem Dittsch den Salonwagen, betäubte den Direktor und plünderte ihn vollständig aus.

Außer dem wertvollen Schmud, der sich bei Direktor Tabakowics befand, wurde auch sein Revolver, ferner Bargeld in der Höhe von 25 000 Lei sowie die von Titulescu unterschriebenen Quittungen und Geldanweisungen gestohlen. Direktor Tabakowics erlangte das Bewußtsein erst unmittelbar vor dem Eintreffen in Bukarest. Die Polizei jähndet nach dem Täter.

★

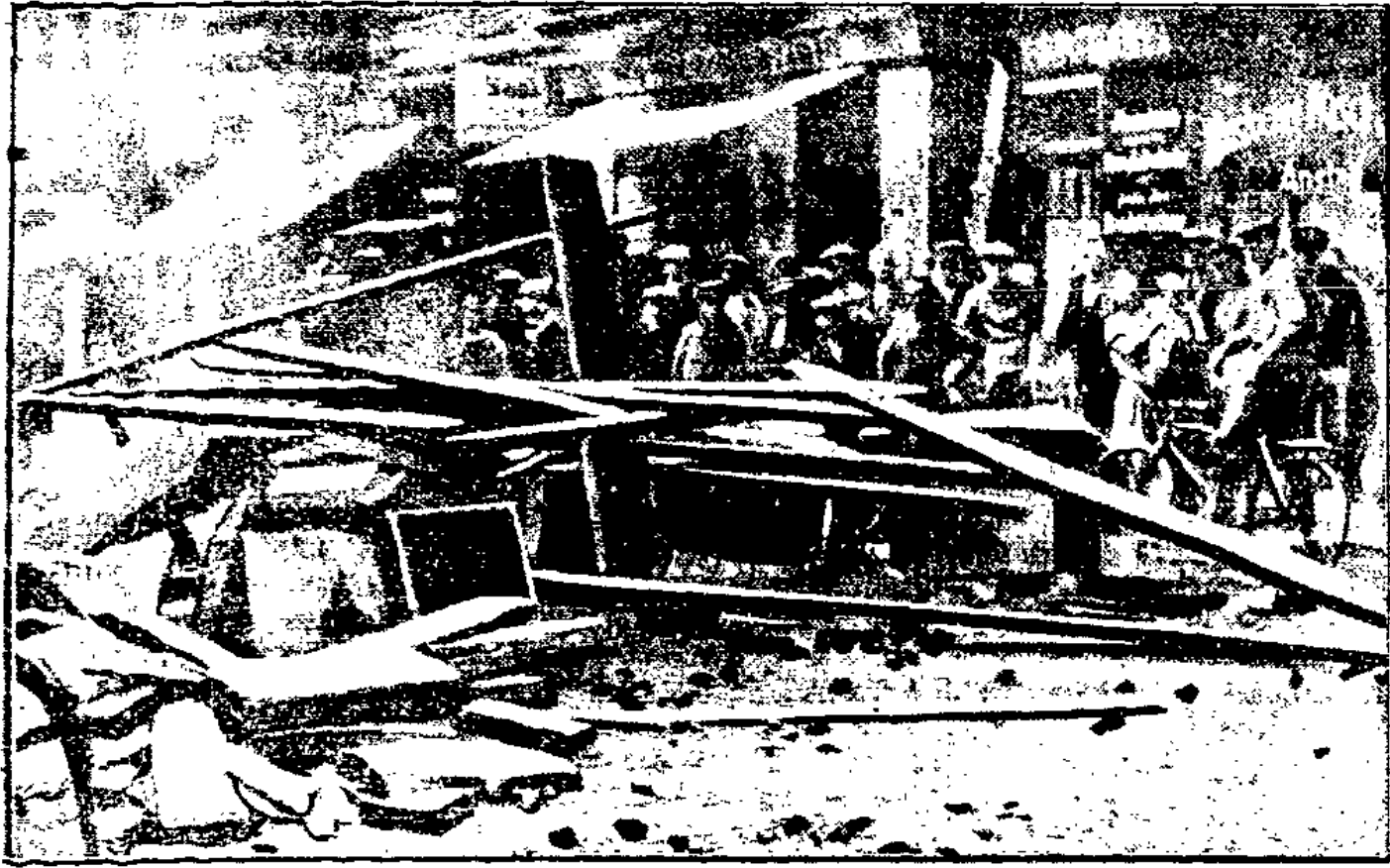
In Rumänien haben die meisten Staatsbeamten schon seit sechs Monaten kein Gehalt ausbezahlt erhalten. Die hohen Politiker aber fahren im Salonwagen.

Die Marmarosa Blanc Bank hat bankrottiert und zahlt den armen Einlegern auch nicht einen Pfennig zurück, die Direktoren aber fahren in Luxuswagen und besitzen noch Schmud.

Kurz — wie in . . .

Tödlicher Autounfall

U. Striegau, 23. Juni. In der Nacht zum Donnerstag raste kurz vor Striegau ein einem Fleischermeister aus Kaufbeuren gehörendes, mit mehreren Insassen besetztes Personenauto gegen einen Baum. Der Chauffeur des Autos war sofort tot. Der Besitzer wurde mit Oberkehltrichterbrüche beider Beine ins Krankenhaus geschafft. Ein Bauunternehmer aus Barzdorf bei Striegau wurde aus dem Wagen herausgeschleudert, blieb aber unverletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt.



Barrikaden in Moabit

(Dieses Klischee entnehmen wir dem Vereinigten Bildermaternedienst Berlin)

Hochwasser in Niederschlesien

Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage wird vom Oberlauf der Neiße aus Zittau ein erhebliches Anschwellen des Wasserstandes gemeldet. Der heute morgen um 7.30 Uhr mit 2.94 Meter hohen höchsten Stand erreichte. In Görlitz steigt die Neiße nur langsam. Oberhalb der Stadt beginnt der Fluß langsam anzunehmen und hat bei Nitsch, Deutsch-Dörf und Leisewitz bereits große Stellen unter Wasser gesetzt. Auch aus dem Herz- und Niederschlesien lauten Hochwasserermeldungen ein, doch dürfte hier die Hochwasser Gefahr zum Teil behoben sein, da der Regen nachgelassen hat und die Hochwasserbehälteranlagen, Talsperren und Staumauern die Wassermassen aufgehalten haben.

Der Bellahner Mädchenmord

Auf falschen Spuren

Weißenburg, 23. Juni. Die Fahndungen der Kriminalpolizei nach dem Bellahner Mörder haben zu mehreren Mißgriffen geführt. In Weiden an der Elbe wurde ein Wanderbursche verhaftet, den man für den gesuchten Berliner Verlorbesegling hielt. Er wurde sofort wieder entlassen, da er mit dem Verbrechen nichts zu tun hat.

Zwischen wurde am Mittwochmorgen eine neue Verhaftung vorgenommen, und am Abend hat man auch den gesuchten Verlorbesegling festgenommen, der aus einer Berliner Anstalt entlassen ist. Der Name des Verhafteten ist noch nicht bekannt.

Die Hebung des Goldschates der „Egypfte“

Paris, 23. Juni. Das italienische Hebeschiff „Artiglio“, das seit über einem Jahr bemüht ist, den mit dem englischen Dampfer „Egypfte“ im Jahre 1921 gesunkenen Goldschatz im Wert von 40 Millionen Franken zu heben, hat seine Arbeiten am Mittwoch endlich von Erfolg gekrönt gesehen. Bei ruhiger See gelang es den Tauchern, bis zu den Goldbarren vorzudringen und mit Hilfe eines eigens dazu gebauten Krans 26 Goldbarren im Werte von 20 Millionen Franken zu heben. Der italienischen Gesellschaft gehören 25 Prozent des Wertes der gesunkenen Schätze, während der Rest der englischen Versicherungsgesellschaft zuließt, nachdem der französische Staat seinen Obolus erhalten hat.

Cholera in Tschifu

U. Schanghai, 22. Juni. Im Hafen Tschifu ist die Cholera ausgebrochen. Bisher wurden 67 Erkrankungen festgestellt, von denen sechs tödlich verliefen. Nach chinesischen amtlichen Meldungen ist die Cholera aus Südchina eingeschleppt worden.

Eine 22jährige an der Drei-Tor-Spitze tot aufgefunden

U. Garmisch, 23. Juni. Die 22 Jahre alte Helferin Charlotte Klau in Schloß Elmau bei Wittenwald wurde zwischen dem West- und Mittelspiel an der Nordseite der Drei-Tor-Spitze tot aufgefunden. Die Leiche war fürchterlich verstümmelt. Man nimmt an, daß das Mädchen bei einer Tour auf die Drei-Tor-Spitze etwa 400 Meter tief abgestürzt ist.

Der Prozeß gegen den Wiener Blaubart

Zwei Frauen ermordet und beraubt — Der Mörder ein frommer, gottesfürchtiger Mann

Wien, 23. Juni. Unter großem Andrang der Zuhörer begann heute vor dem hiesigen Gericht der Prozeß gegen den Mörder Landenbach, der zwei Frauen ermordet und beraubt hat. Mit ihm angeklagt ist auch seine Frau wegen Beihilfe. Schon zu Beginn des Prozesses, bei der Feststellung der Personalien, erzählt Landenbach, daß er Mitglied mehrerer Kirchenvereine ist und seit Jahrzehnten keine einzige Weisse verfehlt hat. Die Frömmigkeit sei seines Lebens Leitstern, erklärt er.

Er steht unter der Anklage, zwei Frauen ermordet, deren Leichen zerstückelt und sich deren Vermögens bemächtigt zu haben. Bei der Zerstückelung der Leichen hat ihm seine Frau mitgeholfen.

Charakteristisch ist folgendes: Monatelang nach dem ersten Mord war es der Polizei nicht gelungen, den Mord aufzuklären. Erst nach dem zweiten Mord kam man durch Zufall hinter den Mörder. Sein Kind nämlich hat geplappert und so wurden

Nachbarn aufmerksam und erstatteten die Anzeige. Die Methode Landenbachs war die, sich den Frauen gegenüber als Junggeselle auszugeben und sie in seine Wohnung zu locken. Nachdem er sich ihres Geldes bemächtigt hatte, hat er sie ermordet, die Leichen zerstückelt, in Koffer verpackt und die verpackten Koffer in außerhalb Wiens gelegenen Bahnstationen der amtlichen Gepäckaufbewahrungsstelle zur Aufbewahrung übergeben.

Landenbach verantwortet sich damit, daß er im Affekt gehandelt hätte. Mord wäre nicht in seiner Absicht gelegen. Schon aus religiösen Gründen wollte er nicht morden. Ihm sei es nur darum zu tun gewesen, sich das Geld der ermordeten Frauen zu verschaffen. Und da er auf andere Weise nicht zu dem Geld kommen konnte, habe er die betreffenden Frauen im Affekt ermordet.

Wir werden über den weiteren Verlauf dieses Prozesses noch berichten.

Kampf für den Sozialismus!

Zum „Rettungsprogramm“ der Gewerkschaftspeak

Ist hier vielleicht ein Wunder geschehen? Haben sich die Führer des ADGB und des Ala-Bundes über Nacht in kampfesmutige Löwen verwandelt? Gestern sahen wir sie noch bei dem Arbeitsminister Krupp's Papens und Hilters antichambrieren und petitionieren — und heute wollen sie Deutschland retten?

Wer die deutsche Arbeiterklasse retten will, der muß sie aufrufen und organisieren zum Kampf gegen den Lohn- und Unterstüttungsabbau, damit sie nicht zugrunde geht in dem Elend und der Barbarei des zusammenbrechenden kapitalistischen Systems.

Wer die deutsche Arbeiterklasse retten will, der muß sie mobilisieren und organisieren für den Abwehrkampf gegen den faschistischen Mordterror, damit sie nicht unter die blutigen Häusle der Diktatur des Faschismus gerät.

Wer die deutsche Arbeiterklasse retten will, der muß die rote Einheitsfront herstellen für den Kampf gegen die Ausbeuterklasse, gegen das Kabinet von Papen und seine nationalsozialistischen Säulchen, der muß das deutsche Arbeitervolk aus dem Elend des bankrotten Kapitalismus und der Knechtschaft einer faschistischen Klassendiktatur der Bourgeoisie heraus zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung, zur Revolution, zum Sozialismus führen. Sonst ist alles Reden von Rettung nur Geschwätz, nur Betrug an den Massen.

Aber die Herren Leipart, Grafmann, Aufhäuser, Tarnow, Brandes usw. wollen ja gar nicht die rote Einheitsfront für den Kampf gegen Lohn- und Unterstüttungsabbau und gegen den faschistischen Terror. Sie fühlen sich immer noch in ihrer Rolle als „Herzte des Kapitalismus“ und wollen ja gar nicht die Vernichtung des kapitalistischen Systems. Darum sehen sie Tag für Tag alle ihre Kraft darin, den wachsenden Willen der breiten Massen zur Bildung der roten Einheitsfront zu sabotieren. Darum sehen sie alle Hebel in Bewegung, um den Kampf der Massen für Lohn und Brot und gegen den Faschismus zu verhindern. Dadurch machen sie sich zu direkten Stützen der faschistischen Papenregierung.

Und um dies zu vertuschen, machen sie solche Täuschungsmanöver wie das jetzt verkündete „Rettungsprogramm der Gewerkschaften“.

Dieses „Rettungsprogramm“ fordert einen „Umbau der Wirtschaft“. Wie aber soll der aussehen? Wollen vielleicht die Führer der Arbeitergemeinshafte und Tozierungspolizei eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufrichten, wie sie der Kommunismus in der Sowjetunion geschaffen hat? Als die Bolschewiki ihren „Umbau der Wirtschaft“ vornahmen, haben sie die Kapitalisten verjagt, die Banken, die Industrie, die Verkehrs-

mittel und den großen Grundbesitz sozialisiert. Denten die deutschen Reformisten an einen solchen „Umbau der Wirtschaft“? Peleibe nicht! Sie wollen den deutschen Bankmagnaten, Trustkönigen und Junkern — um alles in der Welt nicht! — kein Haar krümmen. Sie wollen nur ihr bankrottetes Wirtschaftssystem aufs neue stützen, ihre wankende Klassendiktatur neu untermauern.

Die glänzenden Siege des Proletariats in der Vertvirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion haben nicht nur die 150 Millionen des arbeitenden Volkes in der UdSSR zu immer größeren Leistungen angepornt, sondern auch das Proletariat aller Länder mit Begeisterung für den Sozialismus erfüllt, der der einzige Weg der Rettung aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus ist. Aber die deutschen Reformisten wollen ja gar nicht den Sozialismus. In ihrem „Rettungsprogramm“ wird man selbst das Wort Sozialismus vergeblich suchen! Sie entwerfen ein Projekt des „Staatskapitalismus“ nach dem Rezept der Hilferding, Otto Bauer und Naphthali. Da lehnen alle die alten Ladenhüter des reformistischen Arbeiterbetrgs wieder, welche in dem letzten Jahrzehnt zur Illusionierung der Massen ausgedacht wurden:

„Demokratisierung der Wirtschaft“ — seit 13 Jahren benutzet der Reformismus dieses Schlagwort, um die Massen vom Kampf um die Macht abzulenken; das Ergebnis ist, daß das Unternehmertum in Deutschland völlig Herr im Hause ist.

„Kontrolle der Banken“ — Sie war die Parole, um die durch den Zusammenbruch der Großbanken ausgebeuteten werktätigen Massen von der Notwendigkeit der Beseitigung des bankrotten Kapitalismus abzulenken; das Ergebnis: Milliarden aus den Steuergeldern der Massen wurden verpulvert für die Sanierung des bankrotten Finanzkapitals.

„Verstaatlichung“ der Schlüsselindustrie, und zwar auf die Weise, daß der Staat mit den Steuergeldern der Massen die in den Bankrott hineingewirtschafteten Betriebe des Kapitalismus teuer aufkauft; das ist dieselbe Methode der Subventionierung der Kapitalisten, wie sie der Fall Flied jetzt so drastisch gezeigt hat.

„Getreidehandelsmonopol“ — der alte Plan des Sozialdemokraten Dr. Baader, mit dem eine weitere Erhöhung des Brotpreises erreicht werden soll, hier als Bestandteil des „Rettungsprogramms“ neu aufgepuht.

Dieses Programm zur Rettung des bankrotten Kapitalismus wird auch dadurch nicht besser, daß seine Verfasser die Gedanken des Außenhandelsmonopols und der Planwirtschaft, die im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion eine Schlüsselstellung einnehmen, gestohlen haben und mißbrauchen, indem sie sie auf eine kapitalistische Wirtschaft anwenden wollen. In diesem ganzen Programm der „Rettung“ findet sich nichts für die Arbeiterklasse außer dem einen: Die Einführung der 40-StundenWoche ohne Lohnausgleich, d. h. mit einem 17prozentigen Lohnabbau für die Arbeiter!

Wir verzichten darauf, in diesem Zusammenhang noch einmal darzulegen, daß auch der Staatskapitalismus an dem Schicksal der Arbeiterklasse nichts ändern würde, sondern daß im Gegenteil das Verwachsen des kapitalistischen Staates mit dem Finanzkapital die Sklavensketten des Proletariats noch verstärken würde. Aber die Reformisten haben ja auch ihr „Rettungsprogramm“ nur deswegen verkündet, um die arbeitenden Massen vom Kampf des Tages abzulenken.

Die Arbeiter in den Betrieben stehen vor der brennenden Frage, wie sie sich gegen den neuen Lohnabbauwehrgewehren sollen, die Arbeitslosen vor der Aufgabe, den Abbau ihrer Unterstüttungen abzuwehren. Die einzige Antwort, die ihnen helfen kann, ist: Ihr müht in der roten Einheitsfront mit Streik und Kampffaktionen jeglicher Art euch gegen die neuen Angriffe zur Wehr! Diese Antwort wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht geben, und darum verkünden sie ihnen ein „Rettungsprogramm“: Statt Brot Illusionen!

Wir Kommunisten sagen den arbeitenden Massen mit allem Nachdruck, den der Ernst dieser gefahrenreichen Zeit gebietet: Laßt euch nicht wieder in solche Illusionen stützen! Laßt euch nicht ablenken von den Kampfaufgaben, welche die Verteidigung eurer Lebensinteressen stellt! Was nützt, ist dies:

Rote Einheitsfront in allen Betrieben und an allen Stempelstellen gegen Lohnabbau und Unterstüttungsabbau, gegen Unternehmerrdiktatur und faschistischen Terror, gegen Papen und Hilter, gegen den bankrotten deutschen Kapitalismus und seine reformistischen Herzte!

Für Arbeit, Brot, Freiheit, Sozialismus!

Vor zehn Jahren, am Morgen des 24. Juni 1922, überholt im Berliner Westen ein Auto den Wagen Walter Rathenaus. Drei Männer richten sich in dem schwarzlackierten Mercedes auf, fesseln ihre Revolver ab, werfen Handgranaten, und nach wenigen Minuten ist der Leichnam des Reichskanzlers von deutschen kapitalistischen Republikanern Verletzungen erliegen.

Mit Rathenaus fiel nach Erzberger der zweite Exponent jener Richtung der Bourgeoisie, die unter dem Druck der Novemberrevolution und der gewaltigen proletarischen Gegenaktion beim Kopfstoß nicht offen gegen die Arbeiterklasse zu regieren wagte. Die Schalle aus den Rufennistiker knallen mitten hinein in den bismarckdemokratischen Traum von der Klassenveröhnung, den Traum von der Abkühlung der Gegenläufe Kapital und Lohnarbeit, ohne daß die SPD-Führer seitdem diesen Gedanken aufgegeben hätten.

Das Proletariat Deutschlands begriff sehr wohl die Bedeutung der Ermordung Rathenaus. Mit der Fäulnis auf ihn meldete die offene Reaktion ihren Anspruch auf die Macht, die ganze Nacht an In- und Ausdemonstrationen, wie sie Berlin und das Reich seitdem nicht mehr gesehen haben, erhoben sich die Arbeiter. Von morgens 9 bis in die frühen Abendstunden wälzten sich am 27. Juni unzählbare Arbeitermassen, von der kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei und vom ADGB aufgerufen, über den Kurfürstendamm und ergoßen sich über die Wilhelmstraße in den Lüftung. Und in die dumpfen Neberrufe auf die nationaldemokratischen Mörder gellten die Forderungen nach sofortiger Haft und Entlassung aller konterrevolutionären Organisationen, nach Entlassung aller faschistischen Schupooffiziere und solcher Beamter, die Reichsorganisationsämtern angehören.

Das waren die Forderungen, die im Landtag die kommunistische Fraktion eingebracht und durch den Antrag erweitert hatte, die Reichswehr aufzulösen und durch eine Wehrmacht freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Angestellter und Beamter zu ersetzen und die sofortige Befreiung aller für die Befreiung der Arbeiterklasse eingekerkerten Kämpfer durchzuführen.

Aber die Regierung, die im Verlauf eines Jahres zwei ihrer prominentesten Mitglieder durch nationalistische Mordtaten verloren hatte — diese Regierung der Weimarer Koalition und die hinter ihr stehenden Parteien lehnten die selbstverständlichen Sicherungsforderungen ab. Ebert und sein Reichsstatler Wirth, der eben noch im Reichstag geschmettert hatte: „Der Feind hebt nicht ab“, verhängten das Republiksschutzgesetz und inkassierten den Staatsgerichtshof!

Ein Republiksschutzgesetz, in dem nicht etwa die Auflösung der monarchistischen Organisationen Verbände verfügt, sondern ganz allgemein das Verbot republikfeindlicher Organisationen in Aussicht gestellt wird. Ein Staatsgerichtshof, zu dessen Rüstern in der Weimarer Reichsverfassung der Staatsgerichtshof ernannt werden. Das eine wie das andere, Republiksschutzgesetz wie Staatsgerichtshof, wurden scharfe Waffen in den Händen der Reaktion gegen das Proletariat. Mit dem Republiksschutzgesetz wurde von Erzberger der Rote Front-Kampf verboten, durch den Staatsgerichtshof, als dessen Richter — das sei untergefallen! — zum großen Teil Sozialdemokraten improvisierten, revolutionäre Arbeiter, nur revolutionäre Arbeiter verurteilt.

Man braucht nur die Protokolle der Reichstagsreden kommunistischer Abgeordneter nachzulesen, um zu finden, daß diese ganze Entwicklung von der KPD vorausgesagt worden war. Aber sagen wir es offen:

Obwohl Teile des Proletariats, die unter sozialdemokratischem Führtum standen, lagen in Staatsgerichtshof und Republiksschutzgesetz und schließlich in der Weimarer Koalitionsregierung selbst damals noch Instrumente zu ihrer Verteidigung.

So endete das Drama: ein Millionenheer streifender und demoralisierter, von Kampfeslust vorwärtsgerissener Proletarer wurde in der Parolische zurückgeworfen, ohne daß der Feind, der aus keiner Dedung hervorgetreten war, vernichtet worden wäre. Dadurch wurde er wieder stark.

Weshalb, daß die linken Bourgeois vom Schlege Wirths und SPD-Mehrheit Erzberger, keine Sympathie für die Mörder der Sozialistischen Revolution hatten. Aber größer als die Sympathie gegen Ehrhardt's Banden war die Angst vor der proletarischen Revolution. Und da die Arbeiter nicht wollten, daß ein energischer Kampf gegen die Mörder, die nur zögern auf das Proletariat geführt werden konnte, nichts zu Last machen würde — darum jagte man die Arbeiter nicht an die Werkbank und ließ die Faschisten ungehindert an die Werkbank und ließ die Faschisten ungehindert an die Werkbank und ließ die Faschisten ungehindert an die Werkbank.

So wandelten zwischen Revolution und Konterrevolution, im unheilvollen Nebeneinander immer die Geschäfte der letzteren beiderseitig, wurden die Weimarer schließlich von ihr verschlungen.

Zehn Jahre sind vergangen. Aus der Saat der Freiforms erpanden die faschistischen Halanstransformationen; die Pfianzschule, in der sie gedeihen und ihr mörderisches Regiment erziehen, war die Weimarer Republik, ihre Gärtnere hören auf die Namen der Sozialdemokratischen Führer.

Die Weimarer Republik hat die Hindenburg-Papen-Schleicher-Republik gezeugt. Niemals können die Herrschenden mit dem Artikel 48 regieren und ihre Notverordnungen durchführen, ohne daß der Volksaufstand antwortet, denn nicht Ebert und Brüning unter aktiver und passiver Unterstützung der SPD, damit begonnen hätten, die bürgerlichdemokratischen Gesege außer Kraft zu stellen. Ihr Weis und Stimmstimmeln gegen Notverordnungen und Ausnahmezustand. Aber ihr selbst habt das Volk an Notverordnungen und Ausnahmezustand gewöhnt. Ihr habt 1919, 1920, 1921, 1923 und in den folgenden Jahren oft genug aus Hoch vor der Revolution an die Säbel und Musketen der monarchistischen Generale gegen die Arbeiterklasse appelliert —

mussten Säbel und Musketen da nicht schließlich auf den Boden kommen. Icher ein für allemal die Gesellschaft zu retten, müht die ihr eigenes Regime als das oberste auszuweisen und die bürgerliche Gesellschaft ganz von der Sorge befreien, sich selbst zu regieren?“ (Marx.)

Aber die Sozialdemokratie hat den Generalen die Macht nicht nur periodisch überlassen, mit der sie heute permanent regieren wollen — selbst der Akt, mit dem das faschistische Ungeheuer offen die Arena der offiziellen Politik der herrschenden Klasse betritt, selbst diesen Akt vollzog die Sozialdemokratie: es war die Wahl Hindenburgs, der die Nazisbarone einludt, ihre Diktatur über Deutschland aufzurichten.

Die Situation läßt nur noch einen Ausweg: den Kampf. Die SPD hat einen anderen: die Wahlaktion. Aber mit Versammlungsreden und mit dem Stimmzettel sind die nicht zum Abstraten zu zwingen, die heute

(Ausschneiden und ankleben!)

Antifaschisten, an die Front!

Naziführer schützen Papen

Am 15. Juni richtete die KPD-Fraktion im Reichstag an den Vorsitzenden des Ständigen Ueberwachungsausschusses, den Naziführer Straßer ein Schreiben, in dem sofortige Einberufung des Ausschusses gefordert wurde. Dazu hatte die KPD-Fraktion folgende Anträge gestellt: Aufhebung der Papen-Notverordnungen, Aufhebung des RFB-Verbots.

Der Naziführer Straßer hat bis jetzt den Ausschuß nicht einberufen!

Die Naziführer stellen sich damit schützend vor die Papenregierung. Sie unterstützen damit die Herabsetzung der Hungersätze der Erwerbslosen, die neuen Massensteuern. Sie machen sich dadurch mitverantwortlich an dem Elend der Kriegsofer, der Kriegerwaisen. Die Naziführer entlarven sich durch die Haltung Straßers erneut als die willigen Diener der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Kampf gegen die Papen-Hitler!

Antifaschistische Aktion gegen das Notverordnungs-system und ihre nationalsozialistischen Einpeitscher!

Die Bewegung fort begonnen

Janoffa, Janoffin, hast du schon eine Kommunistische Antifaschistische Aktion? Komm mit Millionen für den antifaschistischen Kampf!

Deutschland regieren. Darüber läßt Herr Schleicher keinen Zweifel. Das weiß die Arbeiterklasse.

Die Reaktion legt ihre brutale Hand auf eure Unterstüttungen und eure Löhne, sie holt zu vernichtenden Schlägen gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats aus. Aber die SPD mahnt euch zur Ruhe.

Ruhe, wo die Reaktion los schlägt? Ruhe, wo die SA unser aller Leben antastet? Ruhe, wo der Hohenzollerengeist in der Wilhelmstraße umgeht?

Das Arbeitervolk, auch sein sozialdemokratischer und christlicher Teil, will marschieren. Aber, hört es, Werttätige, es darilainen Weg mehr zurück zur Weimarer Republik geben, damit ihr noch einmal schlimmer und mit demselben traurigen Resultat alle Schreden der letzten zehn Jahre durchlebt, sondern der be-

tretende Schritt muß getan werden, vorwärts zur Kate-republik!

Vor zehn Jahren konnten sozialdemokratische Führer die Wachsamkeit der Arbeiter einschläfern, die Schärfe ihrer Waffen abtumpfen, die Schnelligkeit des proletarischen Vormarsches verlangsamten. So triumphierten die Schleicher.

Heute, unter den Hintenläufen der legalen und halblegal bewaffneten Reaktion, muß die Einheit des Kampfes geboren werden. Wenn 1932 die Massenmassen, die 1922 auf die Straße zogen, wieder demonstrieren und nicht nur demonstrieren, sondern handeln, dann wird es sich zeigen, daß die Herrlichkeit der Trutzherrn, Barone und Generale nur auf tönernen Füßen steht. Es ist nicht zu spät. Es ist noch Zeit. Die Lösung des Kampfes und Sieges heißt heute wie vor zehn Jahren:

Eine Kampffront. Ein Ziel: Zernorm-t die Reaktion!